

Der Fall Lisa Eckhart: Die Luft wird rau für die, die sich eine eigene Meinung leisten

Wer noch daran gezeifelt hat, dass sich in unserem Land massiv etwas zum Negativen verändert, der hat nun einen für jeden erkennbaren letzten Beweis.

Die Kabarettistin Lisa Eckhart darf im September nicht beim Literaturfestival „Harbour Front“ auftreten. Grund: Die Veranstalter sorgen sich, dass ein linksradikaler Mob die Veranstaltung sprengen und Menschen verletzt werden könnten.

Die 27-Jährige Österreicherin macht das, was politisches Kabarett eben so macht. Mit spitzer Zunge aufspießen, was gesellschaftlich los ist. Nun wirft man ihr groteskerweise vor, rassistische und antisemitische Klischees zu verbreiten. Hintergrund ist ein Auftritt Eckharts im WDR-Staatsfernsehen, das von uns allen mit Zwangsgebühren gefüttert wird. Im Zusammenhang mit der #metoo-Debatte und den widerlichen Missbrauchsfällen von Hollywood-Größen wie Roman Polanski und Harvey Weinstein hatte sie geätzt, man habe „die Juden“ gegen den Vorwurf verteidigt, es ginge ihnen nur ums Geld, „und jetzt plötzlich kommt heraus: Denen geht's wirklich nicht ums Geld, denen geht's um die Weiber, und deswegen brauchen sie das Geld.“

Kann man geistreich finden oder auch geschmacklos. Doch genau das darf und müssen Kabarettisten tun dürfen. Der deutsche Schriftsteller Kurt Tucholsky beantwortet im Jahre 1919 die Frage, was Satire darf knapp mit „Alles“. Und das wurde und wird von der deutschen Linken wie ein Mantra zitiert, wenn Geschmacklosigkeiten übelster Art verbreitet werden, etwa von der sogenannten Satire-Zeitschrift „Titanic“.

Oder ganz ekelhaft Darstellungen von Jesus Christus bei sexuellen Handlungen. Oder bei der MTV-Comicserie „Popetown“, in der sich etwa Kardinäle gegenseitig mit Kot einrieben. Alles Kunstfreiheit, Satire darf ja alles. Nur, wenn sie dem linksgrünen Mainstream nicht Untertan ist, dann gilt das plötzlich nicht mehr. Da ist dann der Dresdner Uwe Steimle schnell raus beim MDR, wenn er die Deutsche Einheit und Frau Merkel nicht so gelungen findet.

Und da wird ein harmloser Beitrag des Düsseldorfer Kabarettisten Dieter Nuhr von der Homepage der Deutschen Forschungsgemeinschaft gelöscht. Nicht, weil er etwas „Falsches“ geschrieben hätte, sondern weil er Dieter Nuhr ist, der es gewagt hatte, den Kinder-Mummenschantzen um die Ersatzheilige Greta Thunberg als das zu karrieren, was es ist. Oder die wunderbare bayerische Monika Gruber, die es wagt, über die Ängste ihrer vietnamesischen Freundin zu sprechen, die Angst vor all den „jungen schwarzen Männern“ hat, die neuerding durch unsere Straßen ziehen. Da ist der antifa-Besuch bei den nächsten Auftritten geradezu vorprogrammiert. Mal schauen, wie lange sich noch Veranstaltungsräume finden lassen bei all diesen gefährlichen Rechtsradikalen.

Die deutsche Linke und mit ihnen auch ihre parlamentarischen Vertreter sind nicht die hellsten Kerzen auf der Torte, das ist unübersehbar. Deshalb suchen sie nicht den politischen Streit oder den Dialog,

sondern sie folgen dem Beispiel sympathischer Regime wie der DDR, wo Widerspruch mit anschließenden Auftritts- und Berufsverboten an der Tagesordnung waren. Selbst bei Leuten wie Wolf Biermann, der im Grunde ja gar nichts gegen die sozialistische Gesellschaftsutopie hatte – anders als ich übrigens.

Das Problem ist, dass niemand gegen diese Gängelung des freien Denkens und Redens in Deutschland aufsteht und Widerstand leistet. Weder die Politik noch die Medien und schon gar nicht – Achtung! – die Kulturschaffenden. Diejenigen, die qua tiefer Bestimmung gesellschaftliche Missstände aufspießen sollten und den Mächtigen den Spiegel vorhalten, sie sind zu einem jämmerlichen Zerrbild geworden. Alle schütteln den Kopf, aber alle nehmen es einfach hin. Niemand organisiert Widerstand, niemand zieht Parallelen zu den dreißiger Jahren. Niemand liest nach, was der „Kampfbund für deutsche Kultur“ der Nazis in der weimarer Republik zum Ziel hatte.

Wer die Meinungsfreiheit beschneidet und wer politisches Kabarett mit Auftrittsverboten belegt, der legt die Axt an die Wurzel der Demokratie, auf die wir doch eigentlich alle so stolz waren und immer noch sein könnten.

Widersprechen – das ist in diesen Zeiten erste Bürgerpflicht. Vom Mainstream und der Politik ist da wenig zu erwarten. *Wenn SIE in der Lage und willens sind, meine Arbeit hier zu unterstützen, freue ich mich sehr über eine Ihnen mögliche Spende zum Beispiel über PAYPAL [hier](#) oder auf unser Konto bei der Sparkasse Krefeld: DE40 3205 0000 0000 2711 22 .*

Dieter Nuhr allein zu Haus

Zum 100. Geburtstag der Deutschen Forschungsgesellschaft hat der Kabarettist Dieter Nuhr auf Bitten der Institution einen wohl abgewogenen Beitrag geleistet. Nuhr sagte:

„Wissen bedeutet nicht, dass man sich zu 100 Prozent sicher ist, sondern dass man über genügend Fakten verfügt, um eine begründete Meinung zu haben. Weil viele Menschen beleidigt sind, wenn Wissenschaftler ihre Meinung ändern: Nein, nein! Das ist normal! Wissenschaft ist gerade, dass sich die Meinung ändert, wenn sich die Faktenlage ändert.“ Wissenschaft sei keine Heilslehre und auch keine Religion, sie sei aber die einzig vernünftige Wissensbasis, die wir haben und deshalb so wichtig.

Und da hat er absolut recht, der Dieter Nuhr, dem man sicher nicht vorwerfen kann, ein Rechtsextremist

zu sein. Trotzdem brach sofort ein Shitstorm von Links über Nuhr herein, der dazu führte, dass die DFG seinen Beitrag von der Homepage löschte. Der Grund war nicht, dass er etwas Falsches gesagt hatte, sondern dass Nuhr überhaupt dort zu Wort kam. Denn Nuhr hatte schon vor Corona klar pointiert formuliert und mit Fakten belegt, dass die Öko-Heilige Greta Thunberg als moralisches Vorbild nicht taugt. Völlig zu recht hatte der Kabarettist festgestellt, dass es „links wie rechts Bestrebungen“ gebe, „die Freiheit zu beschränken“. Das ist Fakt und für jeden Bürger erkennbar.

Und genau darum geht es wieder einmal. Die Linke in Deutschland will nicht, dass ihre Behauptungen auf den Prüfstand kommen. Sie wollen keinen Widerspruch, ja, sie wollen vor allem nicht widerlegt werden. Aber manchmal muss man das, denn die Linke ist heute intellektuell bei weitem nicht mehr das, was sie mal war. Und deshalb wollen sie verbieten, sie wollen unliebsame Meinungen unterdrücken, sie wollen Andersdenkenden die große Bühne verweigern und sie zerstören.

Schade, dass man nicht einmal bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft noch einen Arsch in der Hose hat, um das Recht auf freie Meinung zu verteidigen.

Die Causa Steimle zeigt, wie es wirklich um die Meinungsfreiheit bestellt ist

Der Kabarettist Uwe Steimle, gebürtiger Dresdner, darf beim Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) nicht mehr auftreten. Das ist Zensur unliebsamer Meinungen, einer freien Gesellschaft unwürdig und ein Skandal für einen mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Sender, der mehr als andere Medien dazu verpflichtet wäre, das Meinungsspektrum in Deutschland in seiner ganze Breite abzubilden.

Ich verfolge das künstlerische Schaffen Steimles seit vielen Jahren, mal finde ich es genial, mal unterirdisch doof. Aber das darf man in einer freien Gesellschaft, Kabarettisten müssen das sogar. Wie frei eine Gesellschaft ist, das erkennt man am Umgang mit ihren Kabarettisten und an der Pluralität ihrer Medien. Und um Beides ist es schlecht bestellt in Deutschland, auch wenn Bundespräsident und Bundeskanzlerin versichern, es gäbe in Deutschland keine Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Im engeren Sinne stimmt das sogar, jeder darf öffentlich alles sagen. Nur muss der- oder diejenige dann mit den Folgen leben. Ein Kabarettist fliegt raus, weil er wie Steimle »Seismograph der Stimmung im Lande« sein will und den eigenen Sender kritisch sieht. Ein anderer fliegt raus, weil ihn ein Selfie mit einem AfD-Politiker beim Mittagessen zeigt. Wer nicht mittanzt im Mainstream, der riskiert seine wirtschaftliche Existenz und seine bürgerliche Reputation.

Nie im Leben hätte ich für möglich gehalten, was in diesem Land gerade passiert. Und es macht mir wirklich Angst.